

schwer

droht erneut Widerstand – mit Folgen.



Geschickt taktiert: Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Foto: Keystone



Verloren: Maya Graf, Nationalrätin Grüne. Foto: Keystone

Romands stimmen für die Agrarinitiativen

Die Westschweizer Kantone offenbarten in den Abstimmungen gegenüber den beiden Agrarinitiativen mehr Sympathien als die Deutschschweizer. Die Waadt, Genf, Neuenburg und Jura stimmten dafür. Es sind die vier einzigen Kantone, welche die Initiative für Ernährungssouveränität und die Fair-Food-Initiative angenommen haben. Die beiden Vorlagen erreichten schweizweit lediglich einen Ja-Anteil von 31,6 Prozent beziehungsweise 38,7 Prozent.

In der Waadt und in Genf stimmten fast 64 Prozent für die Fair-Food-Initiative, bei der Initiative für Ernährungssouveränität waren es etwas weniger. Im Jura und in Neuenburg lagen die Anteile an Ja-Stimmen etwas tiefer, aber

immer noch deutlich über 50 Prozent. Auch in Freiburg, wo die beiden Agrarinitiativen abgelehnt wurden, brachten die Stimmbürger ihnen mehr Wohlwollen entgegen als die Deutschschweizer: Die Fair-Food-Initiative wurde nur knapp verworfen. Auch die Zustimmung zur Landwirtschaftsinitiative lag deutlich über dem schweizerischen Schnitt. Das Wallis lag dagegen im nationalen Mittel.

Der stärkere Ja-Anteil in der Westschweiz hatte sich im Vorfeld abgezeichnet: So hatten etwa die Westschweizer Bauern anders als der nationale Verband die Ja-Pa-rolle zur Fair-Food-Initiative beschlossen. Auch die SVP Waadt scherte aus und sagte im Gegensatz zur SVP Schweiz Ja. (sda)

Verlierer dürfen auf Sieghoffen – beim Palmölstreit

Freihandel Eine breite Allianz will bei zwei Freihandelsabkommen Palmöl ausklammern.

Stefan Häne

Die Abstimmung ist vorbei, doch das Thema bleibt auf der politischen Agenda. Bereits morgen kommt es zur nächsten Auseinandersetzung um Fair Food. Der Ständerat entscheidet, ob der Bundesrat bei den Verhandlungen mit Malaysia und Indonesien über ein Freihandelsabkommen das umstrittene Palmöl ausklammern soll, also jenes Produkt, für das Regenwald in grossem Stil gerodet wird – mit negativen Folgen für deren Bewohner und die Ökosysteme.

Eine Standesinitiative des Kantons Genf fordert diesen Ausschluss für beide Länder, die etwa vier Fünftel des weltweiten Palmöls produzieren. Eine des Kantons Thurgau nur für Malaysia. Die Genfer argumentieren mit dem neuen Artikel 104a der Bundesverfassung, den das Schweizer Stimmvolk vor einem Jahr klar gutgeheissen hat. Demnach muss der Bund die Voraussetzungen schaffen für «grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen». Pikanterweise ist das jener Artikel, den die Fair-Food-Initianten mit ihrem Volksbegehren präzisieren und dem sie so zur Umsetzung verhelfen wollten.

Der Nationalrat hat die beiden Vorstösse noch nicht behandelt, wohl aber eine Motion von SVP-Nationalrat Jean-Pierre Grin, die den Ausschluss von Palmöl im Fall von Malaysia verlangt. Die grosse Kammer hat dem Vorstoss bereits zugestimmt – mit 140 zu 35 Stimmen überaus deutlich. Ausser der FDP und der GLP haben alle Fraktionen das Ansinnen grossmehrheitlich unterstützt, also auch die BDP, die CVP und die SVP, allesamt Gegner der Fair-Food-Initiative.

Ein Rettungsversuch

Die Ausgangslage so kurz nach der Abstimmung über die Fair-Food-Initiative ist also delikant. Dies umso mehr, als der Bundesrat die beiden Abkommen als sehr wichtig taxiert, vor allem für die Schweizer Exportwirtschaft. Zustände kämen sie aber nur, so warnt er, wenn sie die wichtigsten Exportprodukte der Abkom-



Palmöl ist für Malaysia ein wichtiges Exportprodukt: Eine Fabrik bei Kuala Lumpur. Foto: Mohd Rasfan (AFP)

menspartner abdeckten, also auch das Palmöl.

Die vorberatende Aussenpolitische Kommission des Ständerats versucht nun, mit einem neuen Vorschlag die Verhandlungen zu retten. Demnach soll Palmöl Bestandteil davon bleiben. Der Bundesrat soll aber in den Abkommen Bestimmungen vorsehen, die einen Beitrag zu nachhaltiger Produktion und nachhaltigem Handel von Palmöl leisten. Und er soll den beiden Staaten keine Konzessionen machen dürfen, welche die Schweizer Rapsölproduzenten konkurrenzieren.

Mit dieser Auflage will die Kommission jene Kreise beruhigen, die in erster Linie aus Furcht vor billiger Konkurrenz aus dem Ausland einen Ausschluss des Palmöls fordern: die Bauernvertreter und ihre starke Lobby im Parlament.

Doch dort winkt man ab. CVP-Nationalrat Markus Ritter, Präsident des Schweizerischen Bauernverbands, spricht von einem «kommunikativen Ausweichmanöver». Der Vorschlag der Kommission diene – ent-

gegen seinem Titel – gerade dazu, Konzessionen machen zu dürfen. Als realitätsfremd bezeichnet Ritter den Vorschlag der Kommission, intervenieren zu können für den Fall, dass der Rapsanbau einbrechen würde. «Ist der Rapsanbau eingebrochen, ist der Schaden angerichtet.»

Kritik aus der FDP an Ritter

Ritters Haltung weckt Kritik. «Markus Ritter demonstriert ein weiteres Mal, dass es beim Bauernverband überhaupt keine Kompromissbereitschaft gibt», sagt FDP-Ständerat Damian Müller. Damit nähmen die Bauern in Kauf, dass die Freihandelsabkommen nicht zustande kämen und der Exportwirtschaft der verbesserte Zugang zu wichtigen Märkten verwehrt bleibe.

Wie der Vorschlag der Kommission umsetzbar ist, ohne die Schweizer Rapsproduktion zu schwächen, lässt Müller offen. Auf Nachfrage sagt er: «Sie können davon ausgehen, dass eine Kommissionsmotion umgesetzt werden kann.» Auch andere angefragte Ständeräte geben sich wortkarg. Konkreter wurde Jo-

hann Schneider-Ammann während der Debatte im Nationalrat. Der Import von Palmöl werde über Zölle so gesteuert, «dass unser Rapsöl dabei nicht verdrängt wird», sagte der Wirtschaftsminister.

Für welche Variante sich der Ständerat morgen entscheiden wird, ist unklar. Viele angefragte Ständeräte zeigen sich noch unentschlossen, speziell jene aus der CVP, die das Zünglein an der Waage spielen könnten. Sie wollen sich heute Montag mit ihren Parteikollegen besprechen.

Eine neue Volksinitiative?

Zu jenen, die bereits Position bezogen haben, gehört Ständerat Thomas Minder (SH, parteilos). «Wir dürfen den Freihandel nicht über die Nachhaltigkeit stellen», sagt er. Sollte die Schweiz trotzdem ein Abkommen abschliessen, das auch Palmöl umfasst, wird dies nach Einschätzung Minders die Wahrscheinlichkeit für eine Volksinitiative gegen Palmölimporte erhöhen. Die Schweizer Bevölkerung, so Minder, sei punkto Regenwaldzerstörung sehr sensibilisiert.

Kommentar

Die Stimmbürger entscheiden lieber im Laden

Bioprodukte boomen in der Schweiz: Der Absatz von Biolebensmitteln hat sich zwischen 2007 und 2017 verdoppelt. Der Marktanteil liegt unterdessen bei rund 10 Prozent, Tendenz weiter steigend. An diesem Phänomen ändert auch die klare Ablehnung der beiden Ernährungsinitiativen nichts.

Die Stimmbürger haben nicht Nein gesagt zu nachhaltig und tierschonend produzierten Nahrungsmitteln. Sie haben vielmehr zwei Initiativen abgelehnt, die auf den ersten Blick sympathisch erscheinen

mögen – in der Umsetzung jedoch problematisch wären.

Die Initiative für Ernährungssouveränität wollte die Landwirtschaft nach planwirtschaftlichen Grundsätzen steuern, etwa über die Erhöhung der im Agrarbereich tätigen Personen. Zu Recht wurde das Begehren mit seinen überholten Rezepten wuchtig verworfen. Auch die gemässigte Fair-Food-Initiative hätte mit ihrem protektionistischen Ansatz zu Konflikten mit Handelsabkommen geführt. So wäre es illusorisch gewesen, anderen

Ländern unsere Produktionsbedingungen aufzuerlegen. Das Nein zu dieser Vorlage erspart dem Parlament eine weitere Umsetzungsdebatte wie bei der SVP-Zuwanderungsinitiative – eine Debatte, bei der zwischen der Verletzung internationaler Abkommen oder der Umsetzung des Volkswillens zu wählen ist und die mit einem faulen Kompromiss endet.

Neben der problematischen Umsetzung gibt es einen weiteren Hauptgrund, der zur Ablehnung der Initiativen beigetragen hat: Der Stimmbürger

entscheidet als Konsument täglich, welche Nahrungsmittel er bevorzugt. Den Entscheid pro oder kontra Bio fällt er lieber vor dem Ladenregal, als dass er ihn via Verfassung allgemein verbindlich erklärt. Kommt hinzu, dass der Auftrag zur umweltfreundlichen Lebensmittelproduktion seit dem Ja zur Ernährungssicherheitsvorlage vor einem Jahr bereits Verfassungstext ist. Das ist aus Sicht der Mehrheit offensichtlich genug an staatlicher Richtlinie für unser Essverhalten.

Daniel Foppa